

## Orte des Jammerns

Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR.

Mehr als 2000 Studenten begrüßten den sächsischen Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer vor dem Dresdner Landtag mit einem gellenden Pfeifkonzert. Doch der Christdemokrat schien sich keiner Schuld bewußt. „Eigentlich“, entgegnete Meyer den Demonstranten, „müßtet ihr mich mit Blumen empfangen.“

Mit der Demo in Dresden begann zehn Tage vor Weihnachten – und mehr als ein Jahr nach der Wende – das große Erwachen an den ostdeutschen Universitäten: Studenten besetzten Rektorate, boykottierten Seminare, belagerten Kirchen. In Schwerin forderten aufgebrauchte Studiosi den Rücktritt des Kultusministers, in Erfurt stürmten sie den Landtag. 60 Kommilitonen der Ost-Berliner Humboldt-Uni hielten an den Weihnachtstagen eine Mahnwache ab, 12 Leipziger Studenten waren sogar in Hungerstreik.

Doch die Empörung der Ost-Studenten gilt nicht etwa den Seilschaften alter SED-Professoren an ihren Hochschulen oder dem schleppenden Fortgang bei der Reform der Studienpläne: Stein des Anstoßes ist die sogenannte Abwicklung, die Auflösung diverser Institute und Sektionen durch die Wissenschaftsminister der fünf neuen Länder und Berlins – ein „brutaler Eingriff in die Autonomie der Hochschulen“, wie der Humboldt-Studentenrat meint.

Tatsächlich haben Meyer und Kollegen von einem Recht Gebrauch gemacht, das ihnen der Einigungsvertrag ausdrücklich zugesteht: Bis zum 2. Januar dürfen jene akademischen Einrichtungen in der Ex-DDR „abgewickelt“ werden, die eine „deutlich veränderte Aufgabenstellung“ erhalten sollen.

Betroffen sind vor allem die bisher vom „wissenschaftlichen Marxismus“ beherrschten Fächer. So werden die Fach-

bereiche Rechts-, Wirtschafts- und Erziehungswissenschaften sowie Philosophie und Geschichte an fast allen Hochschulen Ostdeutschlands bis spätestens Mittwoch dieser Woche aufgelöst. Außerdem müssen einige Spezialinstitute wie etwa die Berliner Hochschule für Ökonomie der Ex-Ministerin Christa Luft oder die als „Rotes Kloster“ bekannte Sektion Journalistik in Leipzig schließen.

Für die Studenten ändert sich zunächst nichts, sie können ihre Studien fortsetzen und beenden. Die Hochschullehrer der „abgewickelten“ Institute dagegen werden ab sofort in eine sogenannte Warteschleife versetzt: In den kommenden sechs Monaten schrumpft ihr Gehalt auf 70 Prozent der alten Bezüge, danach folgt entweder die Be-

Unter den über vier Jahrzehnte auf Anpassung gedrillten Professoren und Dozenten findet sich nur wenig Widerstand gegen die Abwicklung. Zwar brachte der Humboldt-Rektor Heinrich Fink seine „außerordentliche Empörung“ über diesen „folgenreichen Eingriff in den Prozeß der Selbsterneuerung der Universität“ zum Ausdruck. Doch sein Leipziger Kollege Gerald Leutert beließ es schon bei eher formalen Einwürfen: „Wir fühlen uns brüskiert“, erklärte der Professor für Anatomie; der Minister habe die Rektoren „einfach nach Dresden zitiert und ihnen ohne jede Rücksprache seine Entscheidungen diktiert“.

Nicht zuletzt diese „Arroganz der neuen Macht“, so die *Andere Zeitung* aus Leipzig, hat die Studenten auf die



Studentendemo in Ost-Berlin\*: „Brutaler Eingriff in die Autonomie der Hochschulen“

rufung an eines der neu zu gründenden Nachfolgeinstitute – oder der Gang zum Arbeitsamt.

Allein an der kleinen Universität Jena (5000 Studenten) droht etwa 800 Mitarbeitern das Ende ihrer akademischen Karriere. Eine Erklärung für den Umfang und das Tempo dieses pauschalen Verfahrens findet sich ebenfalls im Kleingedruckten des Einigungsvertrages: Demnach ist der weitgehende Kündigungsschutz für Staatsbedienstete in den zu schließenden Instituten bis zum 2. Januar außer Kraft gesetzt. Erst danach gilt westdeutsches Arbeitsrecht an den Ost-Hochschulen, erst dann kann jeder Rausschmiß mit einer Klage beantwortet werden.

\* Am 20. Dezember.

Barrikaden getrieben. Über die Zukunft der einzelnen Institute wurde ausschließlich in den Ministerien beraten – und entschieden. Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule in Meißen, die vor dem Landtag gegen die Auflösung ihres Instituts protestierten, beschied der sächsische Landwirtschaftsminister Rudolf Jähnichen barsch: „Sie müssen endlich begreifen, daß die Politik nicht mehr auf der Straße gemacht wird, sondern hier drinnen.“

Fragt sich nur, wie. So hatten die ministeriellen Abwickler zunächst die Wirtschaftswissenschaften in Leipzig vergessen. Erst als die Studenten stichelten, ob die Gastdozentur des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf diesen Fachbereich gerettet habe, kamen die Ökonomen auf die schwarze Liste.

Auch der Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern, Oswald Wutzke (CDU), mußte sein Gesetz über die Erneuerung der Hochschulen nach Studenten-Demonstrationen („Wutzke in die Produktion“) nachbessern. Die CDU-Fraktion des Landtags verordnete dem allzu schnell gestrickten Entwurf diverse Änderungen.

Solche Ungereimtheiten dienen vielen Studenten als willkommenen Vorwand für ihren grundsätzlichen

Widerstand gegen die Abwicklung. Der Studentenrat der Humboldt-Uni, zum Beispiel, warnte empört vor einer „Zerschlagung der Geisteswissenschaften“ und witterte dahinter sogar die „Verwertungsinteressen des Kapitals“.

„Aus der roten Uni soll eine schwarze werden“, meint Peer Pasternack, 27, Sprecher des Studentenrats in Leipzig. Das PDS-Mitglied Pasternack, einst für wissenschaftlichen Kommunismus und heute für Politologie eingeschrieben, fürchtet vor allem um die „Zukunft der kritischen Wissenschaft“. Die nämlich, so erklärt der Studentenfürher seinen Kommilitonen, solle im Zuge der Abwicklung beseitigt werden. „Unsere kritischen linken Professoren müssen gehen“, prophezeit er, „damit die konservativen aus dem Westen kommen können.“

Was Pasternack und seine PDS-Kommilitonen dagegen ohne jede Skrupel aus dem Westen importieren, ist das Schlagwort von der „Autonomie der Wissenschaft“ – ein Begriff, den die PDS-Vorgängerin SED nie akzeptiert hatte. Die Leipziger Uni, behauptet Pasternack, habe bereits „gute Fortschritte“ auf dem Weg zu einer „Erneuerung von unten“ gemacht. Der einsame Abwicklungsbeschluß des Dresdner Kabinetts mache all das zunichte, mißachte also die „Autonomie der Hochschule“.

Die „Autonomie findet erst später statt“, räumt denn auch Wissenschaftsminister Meyer ein. Noch befinde sich das ostdeutsche Hochschulsystem in einer „Übergangsphase“, in der vor allem „schnell gehandelt“ werden müsse. Daß er „mit den Betroffenen nicht gesprochen“ habe, gesteht der Minister, fragt dann allerdings nach dem Sinn solcher Diskussionen. Meyer: „Wenn ich die Abwicklung benutzen



**Studentenfürher Pasternack, Minister Meyer**  
„Aus der roten Uni soll eine schwarze werden“

will, um alte Strukturen zu beseitigen, dann kann ich doch nicht davon ausgehen, daß so etwas mit den Betroffenen verhandelbar wäre.“

Anders als der Studentenfürher Pasternack bestreitet Meyer, daß die Hochschulen nennenswerte Reformen vorzuweisen hätten. „Etikettenschwindel“ sei vielmehr die Regel. So wird etwa aus dem Titel des Arbeitsbereichs „Kritik bürgerlicher politischer Theorien“ nur das Wort „Kritik“ gestrichen, und die Sektion „Sozialistische Betriebswirtschaft“ tritt plötzlich als „Institut für Unternehmensführung“ auf. Die Unis in der ehemaligen DDR hätten „ihre Chance verspielt“, sie seien zu „Orten des Jammerns, des permanenten kollektiven Selbstmitleids“ geworden, kommentierte selbst die linke *Tageszeitung*.

Die Nachfolgeinstitute der nun geschlossenen Sektionen und Fachbereiche sollen, zumindest in Sachsen, von westdeutschen Professoren aufgebaut werden. „Wenn wir hier nicht ganz schnell westliche Standards haben“, begründet Minister Meyer diesen Beschluß, „dann laufen uns die Studenten davon.“

Doch solche Entscheidungen heizen die Emotionen an den Ost-Unis vorerst nur an. Schon haben sich prominente Autoren wie die früheren SED-Genossen Stephan Hermlin und Christa Wolf mit den studentischen Protesten solidarisch erklärt und für diese Woche Lesungen auf dem Campus angekündigt. Juristen in Leipzig und Berlin bereiten Verfassungsklagen gegen die Abwicklung vor. Weitere Demonstrationen, so am Montag nächster Woche in Leipzig, sollen die Wissenschaftsminister schließlich doch noch in die Knie zwingen.

Und wenn das alles nichts hilft, kommt die Rettung womöglich von ganz oben: Der Leipziger Superintendent Friedrich Magirus hat die sächsischen Pfarrer gebeten, die „Sorgen der Studenten“ in die Fürbitte zur Jahreswende aufzunehmen.

Beamte

## Zähes Steak

Mit Personalfragebögen sollen SED-Kader und Stasi-Spitzel im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer aufgespürt werden.

**P**eter-Michael Diestel, 38, letzter Innenminister der DDR und nun CDU-Oppositionsführer im brandenburgischen Landtag, macht sich zum Anwalt der Beladenen. Was seinen märkischen Landsleuten zugemutet werde, meint der gelernte Ost-Jurist, ließe sich „schon aus rechtlichen Gründen“ kein Wessi „bieten“.

„Es soll endlich Sicherheit geben“, verkündet hingegen der sozialdemokratische brandenburgische Innenminister Alwin Ziel, 49: „Leute, die in ihren Positionen Schindluder getrieben haben, werden nach dieser Aktion ganz sicher ausgesiebt sein.“

Derzeit müssen, in Brandenburg wie überall in Deutsch-Ost, Hunderttausende Staatsdiener Fragebögen ausfüllen, um Auskunft über ihre Vergangenheit zu geben. Die Bürger sollen wissen, wer jetzt die Staatsmacht verkörpert.

Die Formulare kursieren in mehreren leicht abgewandelten Varianten. Grundsätzlich gibt es eine Kurzversion mit 20 Fragen für die zivilen Mitarbeiter



**Fragebogen-Kritiker Diestel**  
„Aus rechtlichen Gründen verbieten“

# Gendarstellung

*Der Spiegel*  
3/91, S. 76

Der Artikel „Orte des Jammerns – Studenten protestieren gegen die Auflösung einst marxistischer Hochschulinstitute in der ehemaligen DDR“ im SPIEGEL Nr. 1/1991, S. 24 f., beschäftigt sich u. a. mit mir.

Der SPIEGEL behauptet, ich sei PDS-Mitglied. Das ist falsch. Richtig ist, daß ich weder der PDS noch irgendeiner anderen Partei angehöre oder je angehört habe.

Der SPIEGEL schreibt ferner: „Die Leipziger Uni, behauptet Pasternack, habe bereits ‚gute Fortschritte‘ auf dem Weg zu einer ‚Erneuerung von unten‘ gemacht.“

Dieses Zitat ist falsch. Tatsächlich habe ich gesagt: Wir sind zwar der Meinung, daß es im vergangenen Jahr in einigen Bereichen durchaus Veränderungen gegeben hat, die eine Würdigung verdienen, aber insgesamt sehen wir inhaltlich und strukturell nur mangelhafte Veränderungen.

Leipzig, den 6. Januar 1991

Peer Pasternack  
Studentensprecher KMU Leipzig